

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Januar 2014

01/2014

Soziale Katastrophe abgewendet - vorerst

Neuruppin's soziale Träger machten mobil - LINKE diskutierten konkret

In der letzten Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neuruppin kurz vor den Weihnachtstagen am 16. Dezember 2013 wurde mit einer Mitteilungsvorlage der Stadtverwaltung ein sozialer Sprengsatz gelegt, der vielen Trägern und Initiativen in der Fontanestadt unruhige Festtage bereitete.

Zum Hintergrund: Mit der Erhöhung der Kreisumlage von 46 auf 48 Prozent durch den Kreistag im November letzten Jahres war klar, das Neuruppin, wie die anderen Kommunen des Landkreises, für die finanzielle Sanierung des Kreishaushaltes bluten muss. Mit über einer Million Euro belastet diese Erhöhung den städtischen Haushalt. Hinzu kommen noch knapp eine Million Euro Mindereinnahmen der Stadt durch die Absenkung der Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund der geringeren Bevölkerungsanzahl. Damit ist der beschlossene Doppelhaushalt der Fontanestadt für die Jahre 2013/14 Makulatur. Eine Unterdeckung von ca. 2 Millionen Euro im Jahr 2014 stellt die Verwaltung und die Abgeordneten vor eine große Aufgabe.

Umstrittene Vorschläge

Die sogenannte Eckwertekommission, zusammengesetzt aus der Verwaltungsspitze und den Haushaltsexperten der jeweiligen Fraktionen, tagte mehrmals und erarbeitete eine Vorschlagsliste, die den Abgeordneten als Mitteilungsvorlage unterbreitet wurde. Darin enthalten sind diverse Sparvorschläge – quer durch alle Haushaltspositionen. Besonders dramatisch sind aber die Vorschläge in den freiwilligen, also nicht pflichtigen, Haushaltsposten. Die Zuschüsse für die Jugendarbeit, das Frauenhaus, die Begegnungsstätten, die Obdachlosenunterkunft, Mittel für die Seniorenarbeit und Mittel für die sozialen Träger sollten pauschal um über 71 Prozent gekürzt werden, der städtische Zuschuss für die Fontanegesellschaft sollte komplett entfallen. Es drohte eine sozialpolitische Katastrophe.

Die Abgeordneten verlangten zu Recht, dass im neuen Jahr schnellstens

eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung einberufen werden muss, um über die Haushaltssituation und die Sparvorschläge zu diskutieren. Die von den Kürzungsvorschlägen betroffenen Träger, Vereine und Verbände haben sich darauf verständigt, den Dialog mit den Abgeordneten zu suchen, und luden vor dieser Sondersitzung alle Stadtverordneten zu einer Beratung ein.

Sondersitzung

Am 09. Januar fand diese Beratung im Mehrgenerationenhaus »Krümelkiste« statt. Schnell wurde deutlich, dass die geplante radikale Kürzung mittelfristig für alle Träger das Aus bedeuten würde. Es gibt keine finanziellen Reserven, um die drohenden Ausfälle zu kompensieren. Gleichwohl signalisierten die Träger und Vereine, nach Einsparpotentialen zu suchen. Dies wäre aber nicht so kurzfristig möglich und ließe sich erst im Laufe des Kalenderjahres realisieren. Sparkonzepte benötigen Zeit, und diese wurde eingefordert.

Die Sondersitzung der Stadtverordneten am 13. Januar fand vor einer Rekordkulisse der Einwohnerschaft statt. Knapp 200 Neuruppinerinnen und Neuruppiner füllten den Zuschauerraum des Ratssaales. Existenzängste wurden deutlich - die Abgeordneten debattierten leidenschaftlich.

Teure Sparmaßnahmen

DIE LINKE stellte klar, dieses drohende Streichkonzert nicht mitzumachen. Wörtlich: »Die geplanten Einsparungen werden die Stadt teuer zu stehen kommen.« Und weiter in der Argumentation: Die Lebensqualität wird deutlich sinken, damit wird die Abwanderung gefördert, und mit geringeren Einwohnerzahlen sinken die Zuweisungen des Landes. Zu befürchten ist, dass viele bisher freiwillige Ausgaben der Stadt in der Jugend- und Schulsozialarbeit nach Wegfall dieser verpflichtigen Ausgaben des Landkreises in der Jugendhilfe werden. Damit droht eine



Ruppiner Haus der Begegnung

weitere Erhöhung der Kreisumlage. Nicht zu vergessen ist, dass die Erfahrung zeigt, dass die Vandalismusschäden ansteigen werden. Zusammengefasst: Kurzfristige »Sparerfolge« führen zu erhöhten Ausgaben und geringeren Einnahmen in der Stadt.

Vorschläge der LINKEN

DIE LINKE forderte vielmehr, die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern. Die Erträge einer Zweitwohnsitzsteuer bleiben zu 100 Prozent im städtischen Haushalt. Nach vorsichtigen Schätzungen des Kämmerers ließen sich damit zwischen 100.000 und 300.000 EURO generieren. Vorstellbar ist für die Fraktion auch ein Verschieben von Bauvorhaben in die kommenden Jahre und moderate, sozial verträgliche Erhöhungen bei den Gebühren.

Mit einem überfraktionellen Antrag beschloss das Parlament, die Haushaltssperre im Bereich der Zuschüsse für die Träger und Vereine aufzuheben und die Mehrbelastung durch Einnahmeverbesserungen auszugleichen. Gleichzeitig wurden alle Betroffenen aufgefordert, nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, denn die Haushaltsdiskussion für 2015 wird kommen. Der Kreistag wurde aufgefordert, über eine Absenkung der Kreisumlage für 2015 zu diskutieren.

Ronny Kretschmer, Stadtverordneter
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Mit diesem Plakat wollen sich die Jugendlichen des MittenDrin bei denjenigen Kreistagsabgeordneten bedanken, die einer Erhöhung der Kreisumlage zugestimmt haben, sodass Neuruppin u.a. kein Geld mehr für die Jugendarbeit hat.

Nominierungsversammlung

Kreisverband DIE LINKE. OPR

Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag OPR

Sonnabend, den 1. März 2014, 10.00 Uhr

Autohof Herzsprung, 16909 Fretzdorf

Kommentar

Päpstliche Kapitalismuskritik

Als Sahra Wagenknecht am 18. Dezember als 1. Rednerin der größten Oppositionspartei auf die Regierungserklärung von Merkel antwortete, wies sie die christlichen Parteien, aber auch die anderen gläubigen Christen unter den Abgeordneten, auf das aktuelle »Lehrschreiben« des Papstes hin. Sie empfahl den Mitgliedern der Regierungsparteien dieses Schreiben des Papstes als Lektüre für die Weihnachtsfeierstage.

In diesem Schreiben kritisiert Papst Franziskus die »Tyrannei des Marktes« und fordert die Mächtigen der Welt zum Kampf gegen Armut und Ungleichheit auf. Der Papst schreibt den Christen ins Stammbuch, dass das herrschende ökonomische System »in der Wurzel ungerecht« sei und dass »diese Wirtschaft tötet«.

Von den Politikern erwartet der Papst, allen Bürgern der Welt »eine würdige Arbeit, Bildung und Gesundheitsfürsorge« zu garantieren und kritisiert, dass der Mensch wie ein Konsumgut gebraucht wird, das man einfach wegwerfen kann. »Wir haben eine Wegwerfkultur eingeführt, die sogar noch gefördert wird«.

Nun kann man dem Papst sicherlich nicht unterstellen, dass er ein Sozialist oder gar Marxist ist. Er hat aber erkannt, dass diese kapitalistische Welt, so wie sie heute existiert, beherrscht von Banken und Lobbygruppen, eine Welt der Ausgrenzung ist. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst, und viele Menschen, auch in Deutschland, geraten in Armut und Ausgrenzung.

Gegen diesen Weg kämpft seit Jahren DIE LINKE, und sie wird in diesem Kampf auch nicht nachlassen.

Achim Müller

Betriebliche Mitbestimmung

Ein deutsches Markenzeichen wird einfach »gestrichen«

»Die Mitbestimmung ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können, ein Pfund, das wir haben und das unsere soziale Marktwirtschaft ausmacht.«... »Die deutsche Mitbestimmung ist in Zeiten der Globalisierung ein Markenartikel, den wir exportieren sollten.«

Das sind nicht etwa Aussagen der Linken, sondern von Frau Merkel und Frau von der Leyen.

Landrat sieht das anders

Nun ist unser Landrat Reinhardt anscheinend schlauer als die führenden Politiker unseres Landes. Führt er doch seit Jahren einen erbitterten Kampf, der von juristischen Niederlagen gekennzeichnet ist, gegen die Mitarbeiter-Mitbestimmung in den kreiseigenen Ruppiner Kliniken.

Nachdem der Aufsichtsrat entsprechend geltender Gerichtsbeschlüsse vor kurzem paritätisch besetzt worden war, hat kurz vor Weihnachten, wahrscheinlich im Auftrag des Landrats, die Geschäftsführung der Kliniken im elektronischen Bundesanzeiger festgestellt, dass das Mitbestimmungsgesetz für das Unternehmen nicht mehr gelten soll. Somit gibt es auch keine paritätische Besetzung des Aufsichtsrats mehr.

Dagegen können und werden sicherlich die Betriebsräte juristisch vorgehen und ein neues Statusverfahren einleiten, um die Einschränkung der Mitarbeiter-Mitbestimmung, die bei einer Besetzung von 6 Arbeitgeber- und 3 Arbeitnehmervertretern nicht mehr wahrzunehmen ist, zu verhindern.

Hat der Landrat kein Vertrauen?

Glaubt der Landrat und diejenigen Kreistagsmitglieder, die ihm die Treue halten, wirklich, dass die Ärzte, Schwestern und alle anderen Angestellten ein Interesse daran haben, positive Entwicklungen der Kliniken zu verhindern?

Anstatt die Arbeitnehmer auf den zukünftigen Weg der Klinik mitzunehmen, werden sie durch die Politik des Landrats diskriminiert. Es ist doch nachgewiesen, dass gerade solche Unternehmen am erfolgreichsten sind, wo die Mitarbeiter von Anfang an in Entscheidungsprozesse einbezogen wurden und werden. Selbst die als nicht gerade arbeitnehmerfreundlich geltende evangelische Kirche schätzt ein, dass die Parität im Aufsichtsrat auch deshalb wertgeschätzt wird, weil sie »einen heilsamen Zwang zur Kooperation von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite erzeugt.«

Mitarbeiter haben andere Probleme

Immer öfter äußern Klinikmitarbeiter ihre Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation. Sie klagen über zu hohe Arbeitsbelastung, nicht angemessene Vergütungen und darüber, dass ihre Meinungen und Erfahrungen überhaupt nicht mehr gefragt sind und dass alle Entscheidungen »über ihre Köpfe hinweg« getroffen werden.

Ist es nicht vorrangige Aufgabe des Aufsichtsrates mit dem Landrat an der Spitze, sich um die Belange der Mitarbeiter zu kümmern.

Da können noch so viele Beschlüsse zur weiteren Entwicklung der Kliniken gefasst werden, wenn die Mitarbeiter dabei nicht mitmachen, läuft das alles ins Leere. Oder hat der Landrat eine Privatisierung im Hinterkopf??

Selbst der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Rößler sagte: »Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung haben die Mitarbeiter im Blick, die das Unternehmen ausmachen. Eine partnerschaftliche Unternehmenskultur ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg.«

Kreis-CDU will sich profilieren

Und nun gibt es eine politische Kraft im Kreis, die den Landrat unterstützt. Der

CDU-Kreisverband hat die Entscheidung der Geschäftsführung der Klinik-Holding begrüßt. »Die Herausnahme aus dem Anwendungsbereich der Mitbestimmung sichert die Tendenzbildung vor einer Einflussnahme der Arbeitnehmerseite.«, schreibt der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Redmann.

Man beachte: Die Kreis-CDU spricht sich also gegen Arbeitnehmerinteressen aus.

Aber auch sie werden wohl mit unserem Protest für eine demokratische Mitbestimmung leben müssen.

Gerd Klier leitet SVV Neuruppin

Auf ihrer letzten Zusammenkunft am 18. Dezember 2013 wurde Gerd Klier einstimmig als einer der beiden Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft LINKE UnternehmerInnen im Land Brandenburg (LAG LiU) wiedergewählt.

Gleichzeitig erfolgte seine Wahl als Delegierter zum Landesparteitag der

Otti ist jetzt Mitglied

Mitte Dezember 2013 wurde Oliver Leonhardt, Student aus Berlin, Mitglied unserer Partei DIE LINKE.

Bekannt im MittenDrin als Otti, ist er hier maßgeblich engagiert, hat z.B. das regelmäßige Dienstagabendforum im

Gespräche für »Künftige«

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, dass es beim Kreisvorstand der LINKEN eine »Findungskommission« (4 Mitglieder) gibt, die Ansprech- und Gesprächspartner für Bürger ist, die zu den Kommunal- und Landtagswahlen kandidieren wollen und dazu Rat und Unterstützung brauchen.

Für die 4 Kreistagswahlkreise sind das:

Für das JFZ kämpfen

Unterschriftenlisten gegen die drohende Schließung des Jugendfreizeitzentrums Fehrbelliner Straße in Neuruppin liegen in Geschäften und Einrichtungen Neuruppins aus.

Dank den Spendern

Der Landtagsabgeordnete Dieter Groß (DIE LINKE) dankt den Organisatoren und Unterstützern der »Sterntaler-Aktion 2013«, insbesondere allen Spendern.

Wohltat vom Weihnachtsmarkt

Die Bürgermeister der Partnergemeinden Fahrenbach (Baden-Württemberg) und Heiligengrabe, Jens Wittmann und Holger Kippenhahn, haben am 2. Januar Bürger in den Ortsteilen Blandikow, Blumenthal und Königsberg besucht, die unverschuldet in Not geraten sind. Sie waren nicht mit leeren Händen gekommen: Neben dem Jubiläumsband »20 Jahre Fahrenbacher Weihnachtsmarkt«, einer Glühweintasse und einer Weihnachtsgeschichte übergaben sie insgesamt 1.500 Euro im Namen der Fahrenbacher Fördergruppe.

Am ersten Adventswochenende hatte der traditionelle Fahrenbacher Weih-

LINKEN Brandenburg.

Weiterhin leitet er bis zum Ablauf der Wahlperiode als amtierender Vorsitzender die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Neuruppin.

Gerd Klier ist Spitzenkandidat der LINKEN für die Landtagswahlen 2014 im Wahlkreis 3 (Altkreis Neuruppin).

Jugendwohnprojekt in Neuruppin mit ins Leben gerufen, wo sich die Mitglieder immer treffen und alle möglichen Probleme, zum Beispiel ihre Vorhaben, demokratisch beraten. Oliver ist übrigens an einem 1. Mai, und zwar 1988, geboren.

WK 1: Friedemann Göhler (Neuruppin)
WK 2: Freke Over (Fehrbellin, Temnitz, Lindow, Rheinsberg)

WK 3: Kirsten Tackmann (Wusterhausen, Kyritz, Neustadt)

WK 4: Holger Kippenhahn (Wittstock, Heiligengrabe)

Verantwortlich sind immer die entsprechenden Regionalvorstände.

Die Bürger erwarten damit mehr konkrete Unterstützung der Jugend durch die Stadt, und gleichzeitig natürlich auch mehr Bemühungen durch die jungen Leute selbst.

Im MAZ-Bereich Kyritz und Wittstock/Dosse sowie auf verschiedenen Veranstaltungen sammelte Dieter Groß insgesamt 2086,79 Euro.

nachtsmarkt stattgefunden - mittlerweile bereits zum 20. Mal. Präsent war auch erneut eine Delegation aus Heiligengrabe in der Partnergemeinde im Neckar-Odenwald-Landkreis und unterstützte das wichtigste Anliegen der Aktion. Menschen in Not soll gerade in dieser Zeit Nähe und Mitgefühl zuteilwerden. Denn der Erlös des Weihnachtsmarktes ist, wie bereits in den Vorjahren, ausschließlich für wohltätige Zwecke bestimmt.

Insgesamt konnte in diesem Jahr ein Rekorderlös von 16.500 Euro erzielt und vergeben werden.

*Holger Kippenhahn
Bürgermeister Gem. Heiligengrabe*

Wir wollen mehr
bewegen

Für junge Leute

Thomas Herlitz, ein selbstbewusster junger Mann von 33 Jahren und von Anfang an Alt Ruppiner, Vater dreier Kinder - 7, 9



und 14 Jahre - , aktiver Feuerwehrmann, seit knapp drei Monaten Mitglied der LINKEN, möchte für die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin kandidieren und im Ortsbeirat Alt Ruppin mitarbeiten.

Sein Beruf hat einen schrecklich langen Namen: Informations- und Telekommunikations-Systemkaufmann. Der Laie denkt, sicher ein Beruf mit Aussichten. Aber man ist da wohl nicht auf dem neuesten Stand: Thomas Herlitz ist seit knapp drei Monaten arbeitslos, bemüht sich sehr um Arbeit, es sei aber schwer und Weiterbildungsmöglichkeiten gibt's auch nicht. Aber Aufgeben ist nicht sein Ding. Thomas H. ist Arbeit und Einsatz gewöhnt, z.B. bei der Jugendfeuerwehr. Über 10 Jahre war er dabei, vor allem als stellvertretender Jugendfeuerwehrwart, im Alt Ruppiner Korsofahrtverein arbeitet er mit, ebenso bei anderen Aufgaben im Ort.

Eigentlich war es der Ärger und die Probleme der Feuerwehren in den Ortsteilen mit der Stadt in den vergangenen Monaten, z.B. in Wuthenow, Nietwerder, die ihn bewogen haben, sich noch konkreter einzubringen, etwas zu bewegen, auch Verantwortung mitzutragen - so kam der Wunsch nach der Kandidatur zustande, speziell auch für die Belange der Ortsteile.

Lange nun schon in der Jugendarbeit tätig, möchte er sich auch weiter dafür einsetzen, gerade in den Ortsteilen. Gleichmaßen fühlt er sich für die Belange der älteren Menschen zuständig.

Was gibt's Besseres, als Freude und Verantwortungsgefühl für so wichtige Aufgaben zu finden?

Bundestagsreport

Herausforderung für DIE LINKE

Traditionell treffen sich die Bundestagsfraktionen im Januar zur Klausur. Strategische Weichen müssen gestellt, inhaltliche Schwerpunkte gesetzt und Positionen nachjustiert oder erarbeitet werden als Antwort auf sich neu stellende Probleme. Am Beginn einer neuen Wahlperiode sind diese Klausuren von besonderer Bedeutung, denn neue Mitglieder der Fraktion sind in die Arbeitsabläufe zu integrieren oder erwarten zu Recht, neue Ideen und Vorstellungen einbringen zu können.

Nach der Bundestagswahl 2013 hatte die Klausur der LINKEN im Bundestag aber neben diesen Routineaufgaben noch eine weitere Hürde zu nehmen. Denn die zunächst nur rechnerisch zustande gekommene Zuweisung der Oppositionsführung muss so mit Leben erfüllt werden, dass der Vertrauensvorsprung zu einer stabilen politischen Unterstützung unserer Wählerschaft oder, noch wichtiger, in der Gesellschaft wird.

Dazu haben wir uns – auch schon traditionell – Unterstützung gesucht für einen Blick von außen. Unserer Einladung gefolgt waren Jakob Augstein, Herausgeber des

Freitag, und Albrecht von Lucke, Redakteur der politischen Monatszeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik«. Ihre Plädoyers mahnen uns eindringlich, unsere eigene Verantwortung für eine politische Verschiebung der politischen Mehrheiten in der Bundesrepublik aktiv zu übernehmen und es uns nicht bequem zu machen in der Nische einer selbstgefälligen Außenseiterposition. Das heißt gerade nicht, Eigenständigkeit und klares Profil auch in Abgrenzung zur politischen Konkurrenz inklusive SPD und Grünen aufzugeben, eher im Gegenteil. Die Botschaft lautet: analysiert ehrlich und konsequent die politische Situation nach diesen Wahlen, entwickelt daraus eine kluge Strategie und wartet vor allem nicht darauf, dass eine Wechselstimmung entsteht.

Denn ein Mitte-Links-Bündnis, das für eine Verbesserung der alltäglichen Lebensbedingungen vieler Menschen so dringend ist, ist alles andere als ein Selbstläufer. Es kann nur in Ergebnis harter politischer Arbeit für dieses Bündnis entstehen, einschließlich der notwendigen Auseinan-

dersetzungen. Und damit ist natürlich nicht nur ein Bündnis von Parteien gemeint, sondern ein Bündnis mit dem Teil der Gesellschaft, der dem Kapitalismus kritisch oder wenigstens skeptisch gegenüber steht. Dazu brauchen wir eine Sprache und eine demokratische Streitkultur, die Meinungsunterschiede benennt, aber nicht denunziert, und in der sich gemeinsame politische Ziele entwickeln lassen.

Dabei ist gute Politik nur erfolgreich, wenn sie auch erfolgreich kommuniziert und daher verstanden wird. Das gilt auch oder gerade für linke gute Politik. Das heißt zum Beispiel, eine linke europäische Idee zu entwickeln, die auch die Verliererinnen und Verlierer der Krise verstehen, statt die EU nur zu verdammen. Dazu müssen wir übrigens viel radikaler denken als für eine noch so vernichtende Kritik der Maastrichter Verträge, so berechtigt diese natürlich ist. Auch für die EU wird ein Plan B gebraucht für mehr soziale Gerechtigkeit, Schonung der natürlichen Lebensbedingungen und mehr demokratische Mitbestimmung.

Kirsten Tackmann, MdB

Da können wir uns ja auf etwas einstellen

Schon als sich die große Koalition abzeichnete, warnten LINKE und GRÜNE vor einem Demokratiedefizit in Deutschland. Grund ist die überwältigende Mehrheit von 504 Abgeordneten von CDU/CSU und SPD, der eine Minderheit von 127 Abgeordneten der LINKEN und der GRÜNEN gegenüber steht. Somit haben diese beiden Oppositionsparteien nach geltenden Regeln z.B. weniger Rechte. Um einen Untersuchungsausschuss beantragen und einsetzen zu können, werden 25% der Stimmen benötigt. LINKE und GRÜNE kommen aber gerade einmal auf 20%. Deshalb forderte DIE LINKE eine diesbezügliche Verfassungsänderung.

»Übermacht« hat schon mal geübt

Da Ende November immer noch keine arbeitsfähige Regierung gebildet und somit der Bundestag nicht arbeitsfähig war, hatten sich die »großen Koalitionäre« darauf geeinigt, einen sogenannten »Hauptausschuss« zu bilden.

Am 4. Dezember tagte dieser »Hauptausschuss« des Bundetages erstmalig. 5 Abgeordnete der LINKEN und 5 der GRÜNEN saßen den 23 Mitgliedern der CDU/CSU und 14 der SPD gegenüber.

Als DIE LINKE Gesetzentwürfe

zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes und zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und zur Stabilisierung der Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung abschließend beraten wollte, wurde dieser Antrag von den »Koalitionären« abgeschmettert. Auch die GRÜNEN scheiterten mit dem Antrag, Auskunft zum Stand der NSA-Aufklärung zu erhalten und den Bundesdatenschutzbeauftragten in den Hauptausschuss zu laden.

Hat die SPD jetzt ein Problem?

Wahrscheinlich merkt die SPD, was jetzt auf sie zukommt. Sie ist in einen Wahlkampf gegen die CDU gezogen, hat den Wählern Versprechen gemacht, die sie jetzt in der großen Koalition nicht oder nur in abgeschwächter Form einhalten kann. Kanzlerkandidat Steinmeier hatte von vornherein gesagt, dass er für eine Regierung unter Merkel nicht zur Verfügung stehe. Sicher hat er gewusst, was unter CDU/CSU-Führung dann auf die SPD zukommt. Und nun fühlt sich die SPD von der LINKEN vorgeführt und reagiert sauer. Sicherlich wissen sie nicht einmal, was in ihrem Koalitionsvertrag steht, nämlich: »Eine starke Demokratie braucht die Opposition im Parlament.

CDU, CSU und SPD werden die Minderheitenrechte im Bundestag schützen.«

Befürchtungen werden zur Realität

Am 12. Dezember im Bundestag, als nach Merkels Regierungserklärung Sahra Wagenknecht als Vertreterin des Oppositionsführers ans Rednerpult trat und danach die Grüne Göring-Eckardt sprach, konnte noch je ein Vertreter der LINKEN und der GRÜNEN sprechen. Danach beschäftigte sich die Große Koalition (GROKO) nur noch mit sich selbst. SPD- und CDU/CSU-Redner wechselten sich ab und wurden nicht müde, sich selbst und ihre Kanzlerin zu loben.

Wie Presseberichten (Die Welt) zu entnehmen ist, sollen Politiker der GROKO »leises Entsetzen über diesen Schlafwagen-Parlamentarismus geäußert haben. Sie befürchten, dass das jetzt 4 Jahre so bleibt. Die Redezeit richtet sich nämlich nach der Anzahl der Abgeordneten jeder Partei. Damit hätten LINKE und GRÜNE nur 12 Minuten pro Stunde. Union und SPD wollen aber (um den Schein der Demokratie zu wahren/ A.M.), den Oppositionsparteien zukünftig 16 Min., also ganze vier Minuten mehr Redezeit gewähren.

Achim Müller

Neues aus dem Landtag

Die Vorwürfe gegen den Justizminister und die schon grenzwertigen »Kampagnen« der Opposition, insbesondere der CDU und der Medien, beschäftigten unsere Fraktion und den Landesvorstand zum Jahresende 2013. Volkmar Schöneburg räumte eigene Fehler ein und trat noch vor der Sondersitzung des Rechtsausschusses als Justizminister zurück.

»Unter Juristen und Fachleuten im In- und Ausland hat sich Dr. Schöneburg, zum Beispiel mit dem Justizvollzugs- und Sicherungsverwahrungsgesetz sowie mit der besseren personellen Ausstattung der Justiz, hohe Anerkennung erworben. Die von ihm angeschobenen Projekte, in Abstimmung mit unseren Mitgliedern des Rechtsausschusses, werden wir parlamentarisch umsetzen. Ich bedaure seinen Rücktritt, bei allem Respekt für seine Entscheidung, einer der profiliertesten Landesjustizminister in der Bundesrepublik - ein Mann vom Fach.«, so Dieter Groß (Mitglied im Rechts- und Richterwahlausschuss).

Der Fraktions- und der Landesvor-

stand reagierten zügig im Rahmen ihrer Verantwortung, und benannten Dr. Helmuth Markov (Justiz) und den derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Christian Görke (Finanzen) jeweils als Kandidaten für das Ministeramt. Die Ernennung durch den MP Dr. Dietmar Woidke und die Vereidigung durch den Landtagspräsidenten erfolgt am 22.1.2014.

Dadurch bedingt sind Fraktionsvorsitz und Stellvertreter der Landtagsfraktion DIE LINKE neu zu besetzen. Bis zum 14.1.2014 bestand die Möglichkeit, sich als Kandidat für die vorgenannten Ämter aufstellen zu lassen. Bislang haben sich Margitta Mächtigt für den Vorsitz und Stefan Ludwig als Stellvertreter beworben. Die bisherige stellv. Fraktionsvorsitzende, Kornelia Wehlan, ist durch ihre Wahl als Landrätin in Teltow-Fläming aus der Fraktion ausgeschieden.

Christian Görke wird am 31.1.2014 in Kyritz, dann als möglicher Finanzminister und nach der Wahl auf dem Parteitag am 24.-26.1.2014 als Landesvorsitzender, zu einem Arbeitsgespräch mit dem

Finanzamt Kyritz und ab 13.30 Uhr mit Landräten, Bürgermeistern, Amtsdirektoren und Kommunalpolitikern der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin im Rathaus der Stadt weilen. Die Veranstaltung findet auf Einladung von Dieter Groß statt.

Die Tage der offenen Tür im neuen Landtagsgebäude am 18. und 19.1.2014 - zu denen auch Dieter Groß etliche Eintrittskarten verteilt hatte - haben auch zahlreiche Bürger aus dem Kreis OPR gern genutzt. Die Einweihung, zu der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die Festansprache hält, erfolgt am Vorabend der nächsten Landtagssitzung am 21.1.2014.

Dieter Groß und Mitarbeiter (Maren S. Schulz, Anja Büchner und Christian Richter) wünschen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2014! Gesundheit, privates Glück, Zufriedenheit. Uns allen politischen Erfolg und immer ein Lächeln mehr auf den Lippen als die Konkurrenz (Landeswahlkampfleiter M. Loehr).

Weitere Informationen unter
»www.landtag.brandenburg.de«

Christian Richter

Arbeitnehmer ausgebootet

In einer »Presseerklärung zur Problematik Aufsichtsrat Ruppiner Kliniken« bezieht Kreistagsabgeordneter Dieter Groß Stellung dazu. Darin heißt es u.a.:

»Man muss vermuten, dass die Geschäftsführung der Kliniken, die Mitglieder des CDU-Kreisvorstandes, ich beziehe den Landrat selbstverständlich mit ein, allesamt ihr »wahres Gesicht« zeigen. Damit verlieren sie weiter an Glaubwürdigkeit gegenüber den Beschäftigten der Ruppiner Kliniken und den von ihnen gewählten Beschäftigtenvertretern im paritätischen Aufsichtsrat sowie gegenüber den gewählten Abgeordneten des Kreistages OPR.«...

...»Die Ruppiner Kliniken sind, und dies unter Beachtung des 20-jährigen Jubiläums des Landkreises OPR, ein Vorzeigunternehmen unserer Region. Daran haben die Ärzte, Schwestern, Pflegekräfte und alle Beschäftigten ... einen großen Anteil. Anstatt sie auf den zukünftigen Weg der Kliniken offen und ehrlich mitzunehmen, werden sie durch das »machtpolitische« Agieren der für diesen Streit Verantwortlichen verunsichert.«

Auszeichnung für Ehrenamt

Brandenburgs Landtagspräsident
Günter Fritsch und Ministerpräsident

nitz für ihr ehrenamtliches Engagement
geehrt. Darunter Viola Terzijska von der



Ministerpräsident Dietmar Woidke (3. v. l.) und Dieter Groß (re.) mit Viola Terzijska und Hartmut Winkelmann (li.).

Dietmar Woidke empfangen am 14.12.13 in der Potsdamer Staatskanzlei verdiente Ehrenamtler des Landes.

In einer festlichen Veranstaltung wurden auf Vorschlag des Landtagsabgeordneten Dieter Groß auch Bürgerinnen und Bürger aus den Kreisen OPR und Prig-

Bürgerinitiative »Leben ohne Beben« in Schweinrich, Gert Rainer Plötz von der Freiwilligen Feuerwehr Walsleben und Hartmut Winkelmann, Herausgeber und Macher der Pritzwalker Stadtzeitung und des Pritzwalker Bürgerblogs.

Ihnen gilt unser Respekt und Dank.

Kuba auf Erfolgskurs

Um das kleine Land muss uns nicht bange sein
Ronny Kretschmer zu Besuch in Havanna

Vor wenigen Tagen beging die sozialistische Karibikinsel den 55. Jahrestag des Sieges der kubanischen Revolution. Im November 2013 konnte sich der Autor dieser Zeilen von den positiven Entwicklungen, die dieses Land in den vergangenen Jahren genommen hat, bei einem Besuch selbst überzeugen.

Das Land steht vor gravierenden innenpolitischen Veränderungen, welche durch das kubanische Parlament nach einem sehr lange und intensiv geführten Diskussionsprozeß mit der Bevölkerung beschlossen worden sind und teilweise sogar schon umgesetzt wurden.

65 Länder zur Messe

Das geschieht vor dem Hintergrund einer deutlich gestärkten und konsolidierten Wirtschaft. Das Wirtschaftswachstum liegt stabil bei etwa 3 Prozent. Die vom 3. bis 9. November stattgefunden internationale Industrie- und Handelsmesse in Havanna verzeichnete mit 65 vertretenen Ländern und etwa 2.000 ausländischen Unternehmen einen neuen Teilnahmerecord. Deutschland gehörte zu den Ländern mit der größten Beteiligung. Trotz fortdauernder US-Blockade ein deutliches Indiz für das gestiegene Interesse an Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba. Am 28. Januar 2014 wird im Beisein der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff im 45 Kilometer westlich von Havanna gelegenen Mariel ein neuer Tiefseehafen eröffnet. Durch dieses kubanisch-brasilianische Gemeinschaftsprojekt entsteht eine Sonderwirtschaftszone, welche das logistische Drehkreuz in der Karibik werden könnte. Auch in Anbetracht des neuen Panamakanals und dem Kanalprojekt in Nicaragua, ist die Bedeutung dieses leistungsfähigen Containerterminals nicht von der Hand zu weisen. In die Infrastruktur des Landes wird jedenfalls kräftig investiert. Neue Bahntrassen und Straßen entstehen. So viele Großbaustellen habe ich in und um Havanna noch nie gesehen.



Eine der Hauptstraßen in Havanna (Foto: quillons_7632432@N02)

Im Bereich der erneuerbaren Energien arbeitet Kuba eng mit China zusammen. In der Provinz Pinar del Rio wurden im Solarmodulwerk 40.000 Photovoltaikmodule mit einer Gesamtleistung von 9 Megawatt Strom hergestellt. Eine Reihe von Solarstromanlagen konnten somit landesweit realisiert werden. Weitere wichtige Wirtschaftszweige sind die pharmazeutische Industrie, die Nickel-, Zucker-, Rum- und Tabakproduktion. Der Tourismus bleibt die wichtigste Deviseneinnahmequelle.

Finanzielle Entlastung haben gleichzeitig zwei kürzlich abgeschlossene Vereinbarungen mit Mexico und Russland bezüglich der Auslandsschulden gebracht. Während Mexico 70 Prozent (über 480 Mio. US-Dollar) dieser Schulden erlassen hat, sind es bei den russischen Verbindlichkeiten aus Sowjetzeiten gar 90 % (knapp 30 Mrd. US-Dollar).

Währungsreform gegen Spaltung

All das führt dazu, dass Kuba wichtige innenpolitische Aufgaben angehen kann. Lange herbeigeseht wurde von den Kubanerinnen und Kubanern die nun angekündigte Vereinheitlichung der beiden Währungen. Vor genau 20 Jahren wurde im Zuge des Ausrufens der Spezialperiode der US-Dollar, in der Zwischenzeit durch den Peso Convertible ersetzt, als Zweitwährung neben den Peso Cubano eingeführt. Neben der unbestreitbaren positiven Wirkung auf die Devisensituation im Land, sind die damit einhergehenden negativen Verwerfungen in der kubanischen Gesellschaft nicht zu bestreiten. Es kam zur sozialen Spaltung

der Bevölkerung in den Teil, welcher über Devisen verfügt, und den Teil, welcher den Zugang zu Devisen nicht hatte. Diese Spaltung soll nun durch die Währungsreform überwunden werden.

Ein wichtiges Ereignis war auch das Inkrafttreten der neuen Reisebestimmungen für die kubanische Bevölkerung. Man benötigt nur noch einen gültigen Reisepass und ein Visum des Ziellandes. Hervorzuheben ist ebenfalls die Eröffnung von landesweit neuen Internetcafés und die Absenkung der Tarife für die Handynutzung.

Die Möglichkeit von Kubanerinnen und Kubanern, in vielen hundert Bereichen selbstständig zu arbeiten, hat zu einem sprunghaften Anstieg von vielen kleinen privaten Dienstleistungsunternehmen, Restaurants und Zimmervermietungen geführt. Die so erzielten Steuereinnahmen werden übrigens zu 100 % an die kommunalen Haushalte abgeführt, welche diese für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Sport und Sozialhilfe verwenden.

Blockade endlich aufheben

Erwähnung sollte noch finden, dass die UN-Vollversammlung zum 22. Mal in Folge die Aufhebung der US-Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba verlangte. Eine entsprechende Resolution wurde von 188 Ländern unterstützt, während nur die USA und Israel dagegen stimmten. Der wirtschaftliche Schaden der seit einem halben Jahrhundert andauernden Blockade beläuft sich auf nunmehr mehr als 1 Billion US-Dollar.

Und trotzdem bleibt Kuba ungebeugt und gehört zu den wenigen Ländern der Erde, die die im Jahr 2000 ausgerufenen Millenniumsziele der UNO höchstwahrscheinlich erreichen werden, wie mehrere UN-Berichte dem Land bescheinigen. Während immer noch weltweit 842 Millionen Menschen Hunger leiden und 1,2 Milliarden in extremer Armut leben, gelten Hunger und extreme Armut in Kuba als beseitigt. Während weltweit 774 Mio. Menschen Analphabeten sind, ist in Kuba die allgemeine Schulbildung für alle gewährleistet. Die Säuglingssterblichkeit betrug im Jahr 2013 4,2 pro tausend Lebendgeburten und ist damit die geringste in ganz Amerika, also auch geringer als die in den USA.

Um die Zukunft des sozialistischen Kuba sei mir in Anbetracht dessen, was ich sehen und erfahren konnte, nicht bange.

Freundschaft weiter Herzenssache für uns

Am 03. Dezember 2013 fand in der Gaststätte Seebad Alt Ruppin die Jahresendfeier der Basisgruppe der Alt Ruppiner LINKEN gemeinsam mit der Gruppe der Freundschaftsgesellschaft statt - wie jedes Jahr. Es war eine gelungene Veranstaltung, mit 25 Anwesenden waren wir so viele wie noch nie zuvor.

Unser Genosse Gerhard Göritz überraschte uns total. Er erschien nach langer, schwerer Krankheit, um sich für die große Anteilnahme an seinem 89. Geburtstag und an der Eisernen Hochzeit mit Ehefrau Erika zu bedanken. Unser Gerhard ist eine starke Persönlichkeit, langjähriges Mitglied unserer Partei, unbeugsam in seiner Überzeugung, mit einer beeindruckenden Biographie. Wir wünschen, dass er uns noch lange erhalten bleibt mit seinem Vorbild, seinem großen Wissen und seinen klugen Ratschlägen.

Drei neue Mitglieder

Wir konnten auch neue Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft begrüßen, so Nina und Galina, aus der Ukraine stammend, und Heidemarie Asfaha aus Stöffin.

Zu Beginn unserer Veranstaltung wurde auf den außerordentlichen Kreisparteitag der LINKEN Ende November eingegangen. Es wurde klar gesagt, dass DIE LINKE bei den Bundestagswahlen eine Niederlage einstecken musste. Wie in solchen Fällen üblich in allen Parteien, wurde selbstkritisch das eigene Verhalten zum Ausdruck gebracht - in der LINKEN wieder einmal die inzwischen überwundene Beschäftigung mit sich selbst. Doch vertraten wir die Meinung, dass die weit größere Ursache für die Ergebnisse der Bundestagswahl im Trend lag: im »Höhenflug« der Union. Bei weit verbreiteter Unsicherheit unter der Bevölkerung wählten viele die Kanzlerin.

Immerhin wurde die LINKEN drittstärkste Partei im Bundestag und damit Oppositionsführerin.

Sie meinen es nicht ernst

Zu den Diskussionen in der Partei um eine Regierungsbeteiligung der LINKEN mit SPD und Grünen vertreten wir die Meinung, dass in diesen beiden Parteien mit dem Gedanken einer möglichen Zusammenarbeit mit der LINKEN nur gespielt wird. DIE LINKE sollte sich vor einem solchen Bündnis hüten, um nicht - möglicherweise - die Existenz unserer Partei zu gefährden.

Höchst erfreut waren wir über die 13 neuen Mitglieder der LINKEN im Alter zwischen 15 - 23 Jahren, die auf dem Kreisparteitag überzeugend mit klaren Berufsvorstellungen und politischen Zielen auftraten. Sie hatten sich bereits bei der Wahlvorbereitung hervorragend beteiligt.

Viel für die Freundschaft getan

Wir möchten Genossen Rudi Menzel danken für den Bildervortrag zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Freundschaft. Dieser Vortrag bildete den Hauptteil unserer Veranstaltung.

Von den Anfängen im Jahre 1917 schlug er den Bogen bis zur Gegenwart. Für uns besonders beeindruckend war der Abschnitt, in dem die großen Verdienste unseres verstorbenen Genossen Rolf Sablitzki und seiner Frau Hiltraud und anderer Genossen und Bürger dokumentiert sind: die Freundschaft mit der Abteilung der sowjetischen Streitkräfte in Wulkow und in Neuruppin, die gegenseitigen Besuche, die Teilnahme am Gedenken für die gefallenen Sowjetsoldaten, die außerordentlich umfangreichen Kleidersammlungen für bedürftige Kinder in der Ukraine und anderswo und vieles andere mehr.

Ein Dank an Barbara

Herzlich gedankt sei auch den Schülern des Oberstufenzentrums in Neuruppin, die dort mit Lehrerin Helga Rentke u.a. eine Ausstellung zum Thema gestaltet hatten,

die Rudi Menzel gut mit für die Bilddokumentation nutzen konnte.

Nicht weniger gedankt sei auch Genossin Barbara Hinz, die immer für die lebendige Arbeit in unserer Gruppe sorgt und ohne die unsere Gruppe wohl nicht mehr existieren würde!

Helmut Chucher
Alt Ruppin

Aktivität hält jung!

Das stellten wir fest, als wir vor 10 Jahren die Frage stellten: Wirklich schon 70? Nun ist unsere Genossin Christa Horstmann 80 geworden!

Und immer noch ist sie rastlos, sorgt sich um ihre Freunde und Genossen, und natürlich auch um ihre Familie.

Als Kind erlebte sie die Schrecken des von Nazideutschland entfesselten Krieges, und nach der Befreiung vom Faschismus, nach Abschluss der Schule, sah sie für sich den Weg der Mitwirkung an der Gestaltung einer neuen friedlichen sozialistischen Gesellschaft in der gerade gegründeten DDR. Sie studierte Journalistik, arbeitete an einer Dorfzeitung einer MTS und dann 10 Jahre an der Betriebszeitung im Karl-Marx-Werk Babelsberg. Viele Jahre gehörte sie dem Redaktionskollektiv der Märkischen Volkszeitung (der heutigen MAZ) an.

Seit dem Umzug nach Neuruppin wirkt sie aktiv am vielseitigen Leben der Fontane-Stadt mit. Nach 1990 beteiligte sie sich besonders an den inner- und außerparteilichen Aktivitäten und Aktionen der PDS, später dann der neu gebildeten gesamtdeutschen Partei DIE LINKE.

Und nachdem Christa vor über 20 Jahren dieses Infoblatt - zunächst unter dem Namen »Linker Märkischer Wanderweg«, dann als »Märkische Linke« - mit gegründet und jahrelang geleitet hat, gehört sie noch heute zu den unermüdlischen Gestaltern dieser Zeitung, trotz der Mahnungen, kürzer zu treten und mit den eigenen Kräften besser hauszuhalten.

Umso herzlicher ist unsere Gratulation, liebe Christa, und unser Wunsch, dass du noch lange deine Gesundheit bewahren kannst und uns als »Seele« unserer Zeitung mit Rat und Tat zur Seite stehst.

Dein Redaktionskollektiv

Stadt- und Kreisvorstand DIE LINKE OPR

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

| | | | | | |
|----|-------|-------------------|---------------|-----|-----|
| Am | 6.2. | Theodor Zupp | in Neuruppin | zum | 82. |
| Am | 7.2. | Hildegard Heine | in Fehrbellin | zum | 83. |
| Am | 10.2. | Hans-Dieter Petke | in Neuruppin | zum | 71. |
| Am | 13.2. | Helmut Chucher | in Alt Ruppin | zum | 86. |
| Am | 13.2. | Beate Müller | in Buskow | zum | 63. |
| Am | 16.2. | Julius Reypa | in Wittstock | zum | 87. |
| Am | 25.2. | Arno Lisch | in Neuruppin | zum | 79. |

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
Kto.-Nr.: 1632361, BLZ: 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Brandenburger Sichten

Wo steht das Bundesland Brandenburg im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts? Aus Sicht mancher Politiker mit beiden Beinen mitten im Sumpf der Geschichte, genauer: mitten in der Vergangenheit zwischen DDR und sogenannter Wendezeit.

Auf Veranlassung der drei Oppositionsparteien im Brandenburger Landtag - CDU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen - wurde im März 2010 die Enquetekommission 5/1 eingerichtet. Ihr sperriger Titel: »Aufarbeitung der Geschichte und Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat.« Eine Aufarbeitung der Aufarbeitung sei vonnöten - im aktuellen Interesse des nunmehr von SPD und LINKEN regierten Landes.

Falsch, entgegnet der Potsdamer Journalist Matthias Krauß, der über die Sitzungen der Kommission berichtet hat. In seinem Buch, das in zweiter Auflage vorgelegt wird, kommt er zum gegenteiligen Schluss: Die Enquetekommission



lenke von den wirklichen Problemen des Landes ab.

Politisch delikater, historisch fragwürdig - Krauß spitzt seine Kritik an der Arbeit der Kommission und den Motiven der Oppositionsparteien lesenswert und streitbar zu.

Der Präsident des Landtages von Brandenburg, Gunter Fritsch, attestiert dem »Nichtparlamentarier« Krauß in einem Vorwort zum Buch einen »durchaus unabhängigen Blick auf das Geschehen«. Ein solcher Blick reizt zum Gegenblick oder eben Widerspruch.

Wer das politische Brandenburg verstehen möchte, kommt an dem Buch von Matthias Krauß nicht vorbei.

Matthias Krauß: Die Kommission. Enquete in Brandenburg - ein Zeitalter wird besichtigt
2., korrigierte und erweiterte Auflage.
WeltTrends, Potsdam 2013.

ISBN 978-3-941880-72-6, Preis: 14,90 €
Oswald A. Katz

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

| | |
|-------------------------|---|
| Montag, 27.01.14 | Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 17.00 Uhr, Neuruppin - OdF-Platz; Kyritz/Wittstock - s.h. Tagespresse |
| Freitag, 31.01.14 | Neujahrsempfang DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kyritz - Bluhm's Hotel; Abf. Bus 15.30 Uhr Geschäftsst. |
| Mittwoch, 05.02.14 | Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Temnitz 18.00 Uhr, Walsleben - Kartoffellagerhaus |
| Donnerstag, 06.02.14 | Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1 |
| Donnerstag, 06.02.14 | Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2 |
| Montag, 10.02.14 | Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Montag, 17.02.14 | Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Mittwoch, 19.02.14 | Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Donnerstag, 20.02.14 | Nominierungsversammlung Aufstellung Kand. Kommunalwahl Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18.30 Uhr, Kyritz - Bluhm's Hotel |
| Dienstag, 25.02.14 | Nominierungsvers. Aufstellung Kand. Kommunalwahl Neuruppin 18.30 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten |
| Mittwoch, 26.02.14 | Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz«, stellv. Mitglied im Petitionsausschuss.

Tel.: 030 / 227 74 309
Fax: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**

Tel.: 033971 / 328 57
Fax.: 033971 / 328 93
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Die. 10.00 - 11.30 Uhr
Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Wissenschaft, Forschung und Kultur«, ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für »Bildung, Jugend und Sport« und »Landesjugendhilfeausschuss«, stv. Mitglied im Ausschuss für »Umwelt, Gesundheit u. Verbraucherschutz«.

Tel.: 0331 / 9661526
Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**

Tel.: 03394 / 4997064
Fax.: 03394 / 4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de
Bürozeiten: Mo 10.00-13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 2383
Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Friedemann Göhler

Tel.: 03391 / 2383
Funk: 0172/6003044
Sprechzeiten: Mo. (2./4.) 16.00 - 17.00 Uhr.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391 / 655420
Fax: 03391 / 655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971 / 72086
Fax: 033971 / 32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Die. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394 / 4997066
Fax.: 03394 / 4997065
E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de
Sprechzeiten: Di. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);
Redaktion: Christa Horstmann, Achim Müller,
Tobias Peschel, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 07.02.2014
Erscheinungsdatum: Mi., 19.02.2014